

---

**Haushaltsrede Claudia Fleisch**  
20. November 2014

Sehr geehrter Herr Bürgermeister ,  
sehr geehrte Damen und Herren,

Vorab möchten wir uns bei Herrn Dinklage, seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die geleistete Arbeit bedanken.

Seit 5 Jahren gibt es Wachstum, überall steigen die Steuereinnahmen, auch hier in Marl, aber bei den Menschen kommt nichts an und das bei immer weiter steigenden Armutquoten von jung bis alt. Die Stadt Marl ist eine Getriebene des Sanierungskonzeptes und gefangen in den Schulden der Vergangenheit.

Wie soll die Stadt Marl ihre Ausgaben in den Griff bekommen, wenn allein schon die Erhöhung der Kreisumlage ein schon fast einkalkulierbares Risiko für den Sanierungsplan ist. Jedes Jahr aufs Neue werden der Stadt höhere Lasten auferlegt, die größtenteils nicht gegenfinanziert sind. Wir können froh sein, dass dieser Umstand jedes Mal durch z.B. steigende Gewerbesteuererinnahmen kompensiert werden konnte. Zudem stiegen auch in diesem Jahr wieder die Soziallasten z.B. durch Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen oder den Hilfen zur Erziehung.

Da zeigt sich, wie verheerend sich der Stärkungspakt auf die Kommunen auswirkt. Die Stadt Marl ist nicht mehr Herr seiner Finanzen. Das Ende der Fahnenstange ist endgültig erreicht.

Die Politik hat keinen Gestaltungsspielraum und kann auf aktuelle Dinge kaum reagieren.

Wir sehen das schon beim Wegfall der Schulsozialarbeit, das trifft hart, aber sie ist für unsere Stadt selbst nicht finanzierbar. Die Arbeit der SozialarbeiterInnen an den Schulen ist aber zu wichtig und wertvoll, als dass Schulen darauf verzichten könnten. Daher sind wir der Meinung die Schulsozialarbeit gehört ins Schulgesetz. Soziale Ungleichheit gibt es in NRW schon genug. Es kann nicht sein, dass es Kommunen gibt die sich Schulsozialarbeit leisten können und andere nicht. Sie leistet weit mehr, als die bloße Hilfestellung zu den Leistungen des Bildungs- und Teilhabegesetzes, sie ist ein wichtiger präventionspolitischer Baustein und wird an jeder Schule gebraucht.

Wie wir alle wissen ist in unserer Region der Strukturwandel lange noch nicht vollzogen. Ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung ist die Entwicklung der Nachfolgenutzung der AV Flächen, deren Umsetzung wir gerne unterstützen. Der Förderbescheid für die Machbarkeitsstudie ist in Marl angekommen. Wir hoffen, dass die Erwartungen die mit dieser Studie verknüpft sind, auch erfüllt werden können. Wie gesagt es ist ein Schritt, aber Strukturwandel, das kann die Stadt nicht allein von sich heraus.

Letztes Jahr gab es viele glorreiche Reden auf den Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU. Die zugesagte Entlastung von 5 Milliarden wird wohl vor 2018 nicht kommen. Man wird

den Eindruck nicht los, das Berlin unsere Region schon von der Landkarte gestrichen hat. Bund und Land müssen sofort etwas gegen die ständige Unterfinanzierung der Kommunen unternehmen. SPD und CDU ihr habt die Möglichkeiten dieses zu ändern. Es sind doch eure Bundestagsabgeordneten die in Berlin mit übergroßer Mehrheit, die dafür benötigten Bundesgesetze beschließen könnten oder redet ihr nicht miteinander in euren Parteien?

Für NRW würde alleine eine Vermögenssteuer 2,9 Milliarden Euro bedeuten, die Erhöhung von Erbschaftssteuer 875 Mio. Euro und beim Spitzensteuersatz 400 Mio. Euro. Wenn dann noch aus der Gewerbesteuer eine Gemeindefortschreibungssteuer würde, brächte es uns einen entscheidenden Schritt voran.

Im letzten Bundestagswahlkampf hat die SPD noch für Steuergerechtigkeit und Anhebung von Erbschaftssteuer und Spitzensteuersatz gestritten. Mal sehen ob es irgendwann mal verwirklicht wird.

Die CDU tut sich mit so viel sozialer Gerechtigkeit scheinbar schwerer, dabei haben wir nur mit den Sätzen gerechnet, die bereits unter Helmut Kohl galten! Nicht nur Wohlfahrtsverbände sondern auch Industrielle und selbst Banker beklagen immer mehr das soziale Auseinanderklaffen unserer Gesellschaft. Vielleicht sollte sich die CDU doch wieder einmal die Schriften von Ludwig Ehrhard zum „Rheinischen Kapitalismus“ zum lesen aus dem Keller holen. Dadurch könnten sich ganz neue Aspekte ergeben.

Der gesamte Ansatz der sogenannten Haushaltssanierung besteht aus Steuererhöhungen, Personal- und Leistungskürzungen und ist damit im Kern schon falsch. Statt bei den politischen Entscheidungsträgern für mehr Einnahmen der Kommunen zu sorgen, werden die Kommunen gezwungen - trotz struktureller Unterfinanzierung – weiter zu streichen und zu kürzen. Das ist es, was wir „Kaputtsparen“ nennen. Nach unserer Meinung, viel zu sehr auf dem Rücken der Bürgerinnen und Bürger sowie den Beschäftigten.

Deshalb wird DIE LINKE im Rat der Fortschreibung des Haushaltsanierungsplans nicht zustimmen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit